

FDP Brandenburg · Dortustraße 53 · 14467 Potsdam

Bundesverband Deutscher Milchviehhalter –
Landesteam Brandenburg
Gutenbergstr. 7-9
85384 Freising

Potsdam, 08. September 2024

Freie Demokratische Partei
Landesverband Brandenburg

Landesgeschäftsstelle
Dortustraße 53
14467 Potsdam

lvbrb@fdp.de
0331 29 16 41

www.fdp-brandenburg.de

Ihre Wahlprüfsteine zur Landtagswahl in Brandenburg 2024

Bundesverband Deutscher Milchviehhalter – Landesteam Brandenburg

Frage 1

Die nationale Umsetzung des Art. 148 GMO scheidet bisher auch an dem Widerstand auch Bundesratsebene. Welche Position hat Ihre Partei, haben Sie dazu? Haben Sie eigene Vorstellungen, wie die Marktstellung der Milcherzeuger deutlich gestärkt, und damit auch die wirtschaftliche Situation der Landwirtschaft erheblich verbessert werden könnte?

Antwort der FDP Brandenburg

Wir Freie Demokraten setzen uns für einen funktionierenden Markt und ausgewogene Wettbewerbsbedingungen zwischen Anbietern landwirtschaftlicher Erzeugnisse und dem Lebensmitteleinzelhandel ein. Wir wollen die Position der Erzeuger durch die Abkehr von einer Agrarpolitik, die von zusätzlicher Regulierung und bürokratischen Belastungen geprägt ist, grundsätzlich stärken. Jeder Versuch, belastende und wenig ergebnisorientierte Auflagen für die Landwirtschaft, die oftmals höhere Produktionskosten auf Betriebsebene bedeuten, durch staatliche Eingriffe wie Ausgleichszahlungen kompensieren zu wollen, wird mittel- bis langfristig scheitern. Wir wollen zudem die kartellrechtliche Missbrauchsaufsicht und Fusionskontrolle stärken, um ein Level-playing-field für alle Marktteilnehmer zu schaffen. Des Weiteren gehören einige Regelungen im deutschen Genossenschaftsrecht dahingehend auf den Prüfstand, ob sie marktwirtschaftlichen Lieferbeziehungen zwischen Erzeugern und Molkereien im Wege stehen. Die nationale Umsetzung des Artikel 148 der Gemeinsamen Marktorganisation (GMO) jedoch würde einen erheblichen regulatorischen Eingriff in die Vertragsfreiheit bedeuten. Diesen lehnen wir ab.

Frage 2

Wir wollen, dass wir für die von uns gehaltenen Tiere artgerechte Lebensbedingungen bieten können und sie die bestmögliche Betreuung erfahren. Welche Veränderungen wollen Sie für die Tierhaltung durchsetzen, die Auswirkungen auf uns Milchbäuerinnen und Milchbauern haben und welche Möglichkeiten für Unterstützungen und Hilfen haben Sie dabei in Brandenburg vor?

Antwort der FDP Brandenburg

Tierschutz und Tierwohl sind für uns eine Selbstverständlichkeit. Weder Stallgröße noch das Etikett der Haltungform sind ausreichende Maßstäbe für das Tierwohl, sondern der Zustand des einzelnen Tieres. Wir wollen Landwirte bei der Umsetzung von tierwohlfördernden Maßnahmen unterstützen, beispielsweise durch beschleunigte Genehmigungsverfahren für den Bau von offenen Stallsystemen. Umweltschutz und Tierwohl dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Den Umbau der Nutztierhaltung wollen wir gemeinsam mit den Landwirten mit marktwirtschaftlichen Instrumenten erreichen. Eine Finanzierung über eine zusätzliche Belastung der Verbraucher in Form von zusätzlichen Steuern oder

Steuererhöhungen lehnen wir ab. Wir Freie Demokraten sind der Auffassung, dass ein Umbau der Tierhaltung nur gemeinsam mit den Tierhaltern erfolgreich sein kann. Betroffene Landwirte benötigen klare Zukunftsperspektiven und verlässliche Rahmenbedingungen, statt immer weitergehende ordnungsrechtliche Auflagen. Andernfalls sind Investitionsentscheidungen zum Stallum- oder -neubau hin zu mehr Tierwohl langfristig nicht plan- und umsetzbar. Starre immer weitergehende ordnungsrechtliche Auflagen sind für die Neugestaltung der Tierhaltung kontraproduktiv.

Frage 3

Der Zugang zu ldw. Flächen wird für die bäuerlich agierende Landwirtschaft immer schwieriger. Anforderungen Flächen für Hochwasser-, Umwelt-, Natur- und Klimaschutz bereitzustellen werden größer. Welche Überlegungen haben Sie, um der Landwirtschaft, und damit auch den Milchviehbetrieben, den Zugang zu geeigneten Flächen zu ermöglichen?

Antwort der FDP Brandenburg

Wir stellen uns der im Zuge der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) festgelegten Flächenstilllegung entschieden entgegen. Weitere Eingriffe in die Eigentumsrechte von Landwirtinnen und Landwirten werden wir auf allen politischen Ebenen zurückweisen. Anstatt Flächen vereinzelt zu betrachten, wollen wir eine vernetzte Biodiversität über die Grenzen eines Ackers hinaus – und zwar ohne Zwang. Ziel sollte es sein, die Produktivität in der Landwirtschaft langfristig deutlich zu erhöhen. Unsere guten Anbauflächen stillzulegen ist nicht nur wirtschaftlich, sondern mit Blick auf die weltweite Ernährungslage auch moralisch nicht vertretbar.

Frage 4

Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe hat sich auch in Brandenburg in den vergangenen Jahrzehnten deutlich verringert. Wollen Sie dieser Entwicklung entgegenwirken, wenn ja, mit welchen Instrumenten? Haben Sie Überlegungen, wie für die den Betrieben nachfolgenden Generationen wirtschaftliche Perspektiven geschaffen werden können?

Antwort der FDP Brandenburg

Wer das Land ernährt, verdient Respekt. Unsere Landwirtinnen und Landwirte werden für eine sichere Versorgung mit hochwertigen, erschwinglichen und vielfältigen Nahrungsmitteln heute und in Zukunft gebraucht. Die Arbeit der Landwirte darf deshalb nicht weiter erschwert werden. Unser Ziel sind gesunde und selbstbestimmte Betriebe mit Zukunft.

- Zielmarken und Quoten für den ökologischen Landbau lehnen wir ab.
- Wir denken die Umwelt- und Landwirtschaftspolitik zusammen. Für uns sind neben der Landnutzung auch der Ressourceneinsatz, die Rohstoffgewinnung sowie die Wertschöpfungsketten Teil unserer Betrachtung von Flächen. Wir setzen uns auf Bundesebene für eine Reform der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung und des Insektenschutzprogramms ein, denn in ihrer bisherigen Form unterstützen sie die Landwirtschaft nicht, sie machen sie zunehmend unmöglich.
- Wir fordern ein klares Bekenntnis der Politik zur landwirtschaftlichen Nutztierhaltung in ihrer heutigen Vielfalt. Die Nutztierhaltung ist ein wesentlicher Teil unserer Landwirtschaft und daher unverzichtbar. Wir wollen die Landwirtinnen und Landwirte vor überzogenen Auflagen schützen, um das Höfesterben nicht weiter zu beschleunigen und die Konkurrenzfähigkeit der Tierhaltung aufrechtzuerhalten.
- Wir stellen uns der im Zuge der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) festgelegten Flächenstilllegung entschieden entgegen. Weitere Eingriffe in die Eigentumsrechte von Landwirtinnen und Landwirten werden wir auf allen politischen Ebenen zurückweisen. Anstatt Flächen vereinzelt zu betrachten, wollen wir eine vernetzte Biodiversität über die Grenzen eines Ackers hinaus – und zwar ohne Zwang. Ziel sollte es sein, die Produktivität in der Landwirtschaft langfristig deutlich zu erhöhen.

Unsere guten Anbauflächen stillzulegen ist nicht nur wirtschaftlich, sondern mit Blick auf die weltweite Ernährungslage auch moralisch nicht vertretbar.

- Wir werden Rechtssicherheit für den Einsatz autonomer Landmaschinen sowie übergroßer Erntemaschinen schaffen.
- Die Landwirtschaft ist ein auf allen politischen Ebenen hoch regulierter Wirtschaftsbereich. Das hat Auswirkungen auf die Attraktivität des Berufes und die damit verbundene Verantwortung sowie die Profitabilität der Höfe. Wir werden die erreichte Belastungsgrenze der Landwirtinnen und Landwirte achten. Vorgaben der europäischen oder nationalen Ebene werden wir ohne zusätzliche landesspezifische Belastungen umsetzen und mögliche Öffnungsklausel zur Entlastung nutzen. Für jede neue Regulierung werden wir eine bisherige Anforderung streichen, um die Belastung nicht weiter ansteigen zu lassen.
- Wir werden sicherstellen, dass staatliche Vorgaben zur landwirtschaftlichen Umstrukturierung langfristig angelegt sind und 20 Jahre Bestand haben müssen. Der Neubau von Stallungen muss oft über mehrere Generationen finanziert werden. Entsprechende Investitionen sind wichtig zur Erfüllung neuester Anforderungen und tragen zu mehr Tierwohl und Klimaschutz bei. Insbesondere beim Emissionsschutz und den Anforderungen an die Biolandwirtschaft muss jedoch mehr Klarheit herrschen: Die Finanzierungsbasis getätigter Investitionen darf nicht durch kurzfristig beschlossene, neue Auflagen entwertet und gefährdet werden. Der Staat muss dafür sorgen, dass der Bestandsschutz für die Abschreibungsdauer gewahrt bleibt.
- Wir werden in Kitas und Schulen bereits früh Wissen über Ernährung und Landwirtschaft vermitteln. Das befähigt Kinder und Jugendliche zu einer gesunden Ernährung und steigert die Wertschätzung für Lebensmittel, ihre Erzeugung und Verarbeitung. Kinder sollen von klein auf zu mündigen Verbraucherinnen und Verbrauchern erzogen werden.
- Aufgrund des Ausbaus erneuerbarer Energien steigt die Rivalität mit der Landwirtschaft um freie Flächen. Wir wollen ein faires Miteinander und einen Interessenausgleich schaffen, Landwirte dürfen nicht einseitig das Nachsehen haben. Gerade die Doppelnutzung von Photovoltaik und landwirtschaftlichen Betrieben kann das Miteinander der Flächennutzung vereinen.